

Sektion Soziale Probleme und Soziale Kontrolle

in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS)

Axel Groenemeyer

Technische Universität Dortmund
Fachbereich Erziehungswissenschaften und Soziologie
Emil-Figge-Str. 50, 44227 Dortmund
+49 0231 755-2168
axel.groenemeyer@uni-dortmund.de

Mitteilungen Nr. 5/2013

Oktober 2013

Inhalt

1. Neuwahlen des Vorstands
2. Stellenangebote
3. Calls for Papers
4. Tagungsankündigungen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es scheint gar nicht so schlecht zu stehen um Arbeitsmöglichkeiten und Stellen in den Bereichen der Soziologie sozialer Probleme und sozialer Kontrolle. Wie schon in den letzten Mitteilungen der Sektion, so kann ich auch diesmal wieder einige einschlägige **Stellenanzeigen** veröffentlichen. Bei einigen sollten Interessierte allerdings schnell reagieren, da die Deadline naht.

Bislang war die Werbung um interessierte **Kandidatinnen und Kandidaten für den Vorstand der Sektion** nur begrenzt erfolgreich. Turnusgemäß werden die Mitglieder noch in diesem Jahr einen neuen Sprecherrat (oder Vorstand) wählen, und es werden nach wie vor Kandidatinnen und Kandidaten gesucht, die gerne ihre Themen, Interessen, Perspektiven und Aktivitäten in die Sektion einbringen möchten. Es ist durchaus kein Makel oder in irgendeiner Weise anrühlich sich dafür zu melden.

Offenbar sind die Sektionen, Fachgesellschaften und wissenschaftlichen Organisationen dabei, ihr Tagungsprogramm für das nächste Jahr zu organisieren. Auf alle Fälle ist eine Fülle neuer **Calls for Papers** eingegangen, die in diesen Mitteilungen zur Kenntnis gebracht werden.

Bei einigen interessanten **Tagungen** steht hingegen bereits das Programm; dementsprechend gibt es hier nun auch Hinweise auf Möglichkeiten der Anmeldung.

Schließlich noch Ankündigungen für die nächsten Mitteilungen der Sektion, die bereits in den nächsten zwei Wochen verschickt werden.

Für den Workshop der Sektion, der gemeinsam mit dem sozialwissenschaftlichen Seminars der Universität Siegen am 21. und 22. November an der Universität Siegen durchgeführt wird, **Social Problem Work als Prozess. Die Rolle der Zeit in der Bearbeitung sozialer Probleme**, steht das Programm, und in der nächsten Woche werden weitere Informationen zur Anmeldung verschickt werden.

Dies gilt auch für die Tagung, die die Sektion gemeinsam mit der Fellow Gruppe „Inklusion bei Behinderung“ des MPI für Sozialrecht und Sozialpolitik, München und dem Lehrstuhls für Diversitätssoziologie der TU München am 30. und 31. Januar 2014 an der TU München veranstaltet unter dem Titel **Diversität und Inklusion. Umgang mit Vielfalt und Verschiedenheit bei Beeinträchtigung und Behinderung**. Auch hierzu werden in der nächsten Woche weitere Informationen zur Anmeldung verschickt.

Auch rückt der **Soziologiekongress 2014** (6.-10.10.2014 in Trier) näher, für den sich nun die Modalitäten und organisatorischen Rahmenbedingungen klären. Auch hierzu wird es Näheres erst in den nächsten Mitteilungen geben.

Viele Grüße

Axel Groenemeyer

1. Neuwahlen des Vorstands

Im Herbst wird turnusgemäß ein neuer Vorstand der Sektion zu wählen sein. Hierfür suchen wir nach wie vor interessierte Kandidatinnen und Kandidaten unter den Mitgliedern der Sektion, die sich aktiv in die Arbeit der Sektion einbringen möchten.

Selbstbewerbungen sind ausdrücklich erwünscht und ich möchte alle Interessierten ermutigen, mir eine entsprechende kurze und formlose Mitteilung zu schicken.

Die einzigen Kriterien für eine Kandidatur sind die Mitgliedschaft in der Sektion und die Bereitschaft engagiert und aktiv mitzuarbeiten.

Wir möchten auch gerade jüngere Kolleginnen und Kollegen ermutigen sich zu melden.

Falls Sie noch nicht Mitglied sind, hier finden Sie die nötigen Informationen (insbesondere das Formular):

[\[http://sektion.soziale-probleme.de/\]](http://sektion.soziale-probleme.de/)

Mitglieder der Sektion können die Zeitschrift Soziale Probleme beim Centaurus-Verlag zu einem Vorzugspreis von jährlich 27 € abonnieren.

2. Stellenanzeigen



Offen im Denken

Wir sind eine der jüngsten Universitäten Deutschlands und denken in Möglichkeiten statt in Grenzen. Mitten in der Ruhrmetropole entwickeln wir an 11 Fakultäten Ideen mit Zukunft. Wir sind stark in Forschung und Lehre, leben Vielfalt, fördern Potenziale und engagieren uns für eine Bildungsgerechtigkeit, die diesen Namen verdient.

Die Universität Duisburg-Essen sucht am Campus Essen in der Fakultät für Bildungswissenschaften, Institut für Soziale Arbeit und Sozialpolitik eine/n

**wissenschaftliche Mitarbeiterin/
wissenschaftlichen Mitarbeiter an Universitäten**
(Entgeltgruppe 13 TV-L)

Ihre Aufgabenschwerpunkte

Mitwirkung im Arbeitsbereich Soziologie, Lehre in den Studiengängen Soziale Arbeit (4 SWS) sowie insbesondere Mitarbeit bei der Forschung und bei der Akquise von Drittmitteln.

Ihr Profil

Abgeschlossenes Hochschulstudium in Sozialwissenschaften oder einem vergleichbaren Fach sowie möglichst eine bereits abgeschlossene Promotion. Sehr gute Kenntnisse in mindestens einem der beiden Bereiche werden vorausgesetzt: Stadt- und Raumsoziologie, Soziologie sozialer Probleme und sozialer Kontrolle/soziale Ausschließung. Sehr gute Kenntnisse in quantitativen und/oder qualitativen Forschungsmethoden sind ebenso erwünscht wie Erfahrungen mit dem Einwerben von Drittmitteln sowie mit der Durchführung entsprechender Projekte. Bezug zur Sozialarbeit wird erwartet.

Besetzungszeitpunkt: zum nächstmöglichen Termin für 24 Monate, 100 Prozent einer Vollzeitstelle, Bewerbungsfrist: **bis zum 29.10.2013**

Die Universität Duisburg-Essen verfolgt das Ziel, die Vielfalt ihrer Mitglieder zu fördern (<http://www.uni-due.de/diversity>) Sie strebt die Erhöhung des Anteils der Frauen am wissenschaftlichen Personal an und fordert deshalb einschlägig qualifizierte Frauen nachdrücklich auf, sich zu bewerben. Frauen werden nach Maßgabe des Landesgleichstellungsgesetzes bei gleicher Qualifikation bevorzugt berücksichtigt. Bewerbungen geeigneter Schwerbehinderter und Gleichgestellter i. S. des § 2 Abs. 3 SGB IX sind erwünscht.

Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen, Kopie einer kürzeren Publikation sowie einer 2-3 seitigen Skizze für ein Forschungsvorhaben richten Sie bitte unter Angabe der Kennziffer 682-13 an Herrn Prof. Dr. Jan Wehrheim, Universität Duisburg-Essen, Fakultät für Bildungswissenschaften, 45117 Essen, Telefon 0201-183-2541, [\[jan.wehrheim@unidue.de\]](mailto:jan.wehrheim@unidue.de).

Informationen über die Fakultät und die ausschreibende Stelle finden Sie unter: [\[http://www.uni-due.de/biwi/\]](http://www.uni-due.de/biwi/)



Am Lehrstuhl von Prof. Dr. Thomas Feltes ist ab dem 01.02.2014 die Stelle

**eines Wissenschaftlichen Mitarbeiters/
einer Wissenschaftlichen Mitarbeiterin**

mit 50 % der regulären Arbeitszeit befristet für die Dauer von zunächst zwei Jahren zu besetzen.

Aufgaben:

Unterstützung des Lehrstuhlinhabers in Forschung und Lehre, insbesondere bei der Vorbereitung und Gestaltung der Vorlesungen zum Jugendstrafrecht und zur Kriminologie. Eigene Lehrtätigkeit (2 SWS) im Bereich Strafrecht (Arbeitsgemeinschaft). Die Möglichkeit zur Promotion wird gegeben.

Profil:

Abschluss des ersten oder zweiten juristischen Staatsexamens mit "befriedigend" oder besser sowie kriminologischer Studienschwerpunkt.

Ihre Bewerbung richten Sie bitte ausschließlich per E-Mail im PDF-Format als eine einzelne Datei **bis zum 31.10.2013** an den Lehrstuhlinhaber: [\[thomas.feltes@rub.de\]](mailto:thomas.feltes@rub.de)

Wir wollen an der Ruhr-Universität Bochum besonders die Karrieren von Frauen in den Bereichen, in denen sie unterrepräsentiert sind, fördern und freuen uns daher sehr über Bewerberinnen. Auch die Bewerbungen geeigneter schwerbehinderter und gleichgestellter Bewerber und Bewerberinnen sind herzlich willkommen.

Wir weisen darauf hin, dass Aufwendungen im Zusammenhang mit einem Vorstellungsgespräch nicht erstattet werden.



An der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) in Münster ist im Fachgebiet „Kriminologie und interdisziplinäre Kriminalprävention“ zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Qualifikationsstelle als

**Wissenschaftliche Mitarbeiterin /
Wissenschaftlicher Mitarbeiter**

mit 39,83 Wochenstunden zu besetzen. Teilzeitbeschäftigung ist möglich. Die Stelle ist zunächst auf drei Jahre befristet, mit der Option auf Verlängerung. Je nach Qualifikationsvoraussetzung der Bewerberin/des Bewerbers erfolgt die Eingruppierung als Wiss. Mitarbeiter/in in Entgeltgruppe 13 TV-L.

Von der zukünftigen Stelleninhaberin/dem zukünftigen Stelleninhaber wird erwartet, dass sie/er die Forschungstätigkeit am Fachgebiet mitgestaltet und Aufgaben in der Lehre, der Fortbildung und der Selbstverwaltung übernimmt. Die Möglichkeit zur wissenschaftlichen Weiterqualifikation ist gegeben und wird ausdrücklich erwünscht.

Einstellungsvoraussetzungen sind ein qualifizierter Universitätsabschluss (Master, Diplom, Magister) in Psychologie, Soziologie oder einer verwandten Disziplin, empirische Forschungserfahrung, vertiefte quantitative und qualitative Methodenkenntnisse und sehr gute englische Sprachkenntnisse. Erwünscht sind Kenntnisse und Forschungserfahrungen auf den Gebieten der Kriminologie und der Polizeiforschung. Erwartet werden Kommunikations-, Organisations- und Teamfähigkeit sowie die Bereitschaft zu interdisziplinärer Zusammenarbeit.

Die Deutsche Hochschule der Polizei strebt eine Erhöhung des Anteils der Frauen an und begrüßt daher Bewerbungen von Frauen besonders. In Bereichen, in denen Frauen noch unterrepräsentiert sind, werden bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung Frauen nach Maßgabe des Landesgleichstellungsgesetzes bevorzugt berücksichtigt, sofern nicht in der Person eines Mitbewerbers liegende Gründe überwiegen. Weiter ist die Deutsche Hochschule der Polizei bestrebt, die Einstellung und Beschäftigung von schwerbehinderten Menschen zu fördern. Bewerbungen von geeigneten schwerbehinderten und diesen gleichgestellten Menschen im Sinne des § 2 Abs. 3 SGB IX werden ausdrücklich begrüßt.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (wissenschaftlicher Werdegang, Zeugnisse) richten Sie bitte in elektronischer Form **bis zum 25.10.2013** an

Univ.- Prof. Dr. Thomas Görgen
[\[thomas.goergen@dhpol.de\]](mailto:thomas.goergen@dhpol.de)

Postalisch übersandte Unterlagen können aus Kostengründen nicht zurückgesendet werden und werden nach Abschluss des Auswahlverfahrens vernichtet. Wir bitten Sie, bei postalischer Bewerbung lediglich Kopien ohne Mappen einzureichen.



UNIVERSITÄT
MANNHEIM



Das am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES) angesiedelte DFG-Projekt „Freundschaft und Gewalt im Jugendalter“ sucht ab dem 01. März 2014 eine/n

Wissenschaftliche/n Mitarbeiter/in

(65%; TV-L E13)

Ziel des Forschungsprojektes ist die Erklärung der Entwicklung, Aufrechterhaltung und Beendigung des Gewalthandelns Jugendlicher. Inhaltliche Schwerpunkte liegen auf den verursachenden handlungstheoretischen Mechanismen und der Rolle von Freundschaftsnetzwerken. Kern des Projektes ist die Durchführung und statistische Auswertung von wiederholten Schülerbefragungen, mit einem besonderen Fokus auf der Erfassung kompletter Freundschaftsnetzwerke im Jahrgang. Bis Dezember 2013 werden ca. 2500 Schüler/innen im Kreis Recklinghausen und der kreisfreien Stadt Gelsenkirchen befragt, eine zweite Erhebungswelle ist für den Herbst 2014 geplant.

Weitere Informationen finden Sie unter:

[\[http://www.mzes.uni-mannheim.de/d7/de/projects/freundschaft-und-gewalt-im-jugendalter\]](http://www.mzes.uni-mannheim.de/d7/de/projects/freundschaft-und-gewalt-im-jugendalter)

Der/die Mitarbeiter/in ist als Teil unseres Forschungsteams mitverantwortlich für die Konzeption, Durchführung und Auswertung der Schülerbefragung. Die Aufgaben umfassen unter anderem die Fragebogenkonstruktion und -programmierung sowie die Durchführung von Pretests für die zweite Erhebungswelle, die allgemeine Organisation der Feldphase (Schulkontakt und Terminlegung, Rekrutierung, Schulung und Koordination der Interviewerteams, Durchführung von Interviews), die Aufbereitung und Auswertung der Daten mit Hilfe des Statistikprogrammes STATA® und die Publikation der Ergebnisse in wissenschaftlichen Fachzeitschriften.

Von Bewerber/-innen erwarten wir:

- ein sehr gutes abgeschlossenes sozialwissenschaftliches Hochschulstudium (Soziologie, Psychologie o.Ä.; Diplom/Master) mit quantitativ-empirischem Schwerpunkt,
- verstärktes inhaltliches Interesse in den Bereichen Jugendgewalt, Kriminologie, Netzwerkforschung und/oder Integrationsforschung,
- fortgeschrittene Kenntnisse der Methoden der empirischen Sozialforschung und mindestens eines Statistikprogramms (bevorzugt STATA®),
- Teamfähigkeit, hohe Einsatzbereitschaft und eine selbstständige und gründliche Arbeitsweise.

Von Vorteil sind:

- Erfahrungen in der wissenschaftlichen Projektarbeit,

- Kenntnisse in der Handhabung von Befragungssoftware (z.B. Limesurvey, Voxco, Surveymonkey)
- Erfahrungen in der Analyse von Längsschnitt- und/oder Netzwerkdaten.

Wir bieten Ihnen die Möglichkeit der Mitgestaltung eines innovativen sozialwissenschaftlichen Forschungsprojektes. Vergütet wird Ihre Mitarbeit nach TV-L (E13; 65%). Im Rahmen der Tätigkeit wird Gelegenheit zu selbstbestimmter Forschung und zur Promotion geboten. Die Stelle ist zunächst befristet bis Mai 2015, eine Weiterbeschäftigung ist für den Fall einer Projektverlängerung geplant.

Das MZES und die Universität Mannheim streben eine Erhöhung des Frauenanteils an und fordern daher entsprechend qualifizierte Frauen ausdrücklich zur Bewerbung auf. Schwerbehinderte werden bei entsprechender Eignung bevorzugt eingestellt.

Rückfragen beantworten Ihnen gerne Sonja Schulz und Harald Beier (0621/181-2896). Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Anschreiben, Lebenslauf, Zeugnisse) richten Sie bitte **bis zum 30. November 2013** an Frau Sonja Schulz:

Universität Mannheim Mannheimer Zentrum
für Europäische Sozialforschung (MZES)
Sonja Schulz
Postfach
D-68131 Mannheim

Auf elektronischem Weg als ein Pdf an:
[\[sonja.schulz@mzes.uni-mannheim.de\]](mailto:sonja.schulz@mzes.uni-mannheim.de).

Bitte beachten Sie, dass Gefährdungen der Vertraulichkeit und der unbeauftragte Zugriff Dritter bei einer Kommunikation per unverschlüsselter E-Mail nicht ausgeschlossen werden können.

3. Calls for Papers

Call for Papers

MÜNCHNER THEORIEGESPRÄCHE 2014 Perspektiven gesellschaftlicher Selbstbeschreibungen

Welchen gesellschaftstheoretischen Status hat der Demokratiebegriff?

9. und 10. Januar 2014

Carl Friedrich von Siemens Stiftung
am Nymphenburger Schloss, München

Call for Papers für die zweiten Münchner Theoriegespräche, veranstaltet vom Lehrstuhl Nassehi am Institut für Soziologie der LMU und unterstützt durch die Nemetschek-Stiftung München. Die Theoriegespräche finden in den Räumen der Carl Friedrich von Siemens Stiftung am Nymphenburger Schloss statt.

Demokratie ist ein politischer Begriff. Üblicherweise wird in den Politik- und Sozialwissenschaften darunter ein Verfahren zur Herstellung und Legitimation kollektiv verbindlicher Entscheidungen verstanden. Demokratie wäre damit ein Programm, ein Verfahren oder eine normative Beschreibung. Womöglich sind diese üblichen Konzeptionen allzu simple Verkürzungen. So ist beispielsweise Demokratie als Verfahrensprinzip ebenso wie als normatives Programm auf entgegenkommende gesellschaftliche Bedingungen angewiesen, mit der Pluralität und Uneindeutigkeit von Lösungshorizonten ebenso wie mit der Pflege von Abweichungen und Konflikten umzugehen.

Die Frage, die sich daher aus gesellschaftstheoretischer Sicht stellt, ist, wie sich diese Beziehungen auch jenseits politischer Selbstbeschreibungen auf den Begriff bringen lassen. Eine zusätzliche gesellschaftstheoretische Herausforderung ist außerdem die angemessene Beschreibung der Ebenendifferenzierung europäisch-transnationaler Entscheidungsräume auf der einen Seite und lokaler Formen von Governance und Organisationsstrukturen auf der anderen Seite, die die Frage nach den gesellschaftlichen Bedingungen demokratischer Entscheidungsformen ganz neu stellen.

Wichtig ist auch die Auseinandersetzung damit, wie die Soziologie theoretisch adäquat über die Bedeutung medialer Neuerungen für Demokratie und Demokratisierungsprozesse nachdenken kann.

Und schließlich sind der Demokratiebegriff und seine Derivate keineswegs für die Beschreibung des Politischen im engeren Sinne reserviert. So werden kulturelle Veränderungsprozesse in ganz unterschiedlichen Bereichen mit dem Begriff der Demokratisierung beschrieben oder erklärt, wobei über den theoretischen Status dieser prima facie so einleuchtenden Beschreibungsform nicht notwendig Einigkeit bestehen muss.

Demokratie ist also nicht nur als politischer Begriff interessant, sondern gerade auch hinsichtlich seines gesellschaftstheoretischen Gehalts, da sich die Frage nach den Bedingungen von Demokratie aus unterschiedlichen soziologischen Traditionen durchaus unterschiedlich darstellt. So hoffen wir auf Beiträge,

die den Demokratiebegriff, seine theoretischen und empirischen Implikationen in verschiedenen theoretischen Angeboten ausloten.

Die Münchner Theoriegespräche finden einmal im Jahr statt. Sie haben 2013 mit der Frage begonnen: „Ist Gesellschaft ein soziologisch gehaltvoller Begriff?“. Mit den Münchner Theoriegesprächen macht der veranstaltende Lehrstuhl am Institut für Soziologie der LMU ein Theorieangebot, das auf die Pluralität der Theoriediskussion in der Soziologie reagiert. Ausgangspunkt ist unter anderem die Erfahrung, dass unterschiedliche Theorieorientierungen in der Soziologie derzeit eher eine friedliche Koexistenz statt einen produktiven Austausch pflegen. Deshalb sollen einmal im Jahr möglichst heterogene Positionen miteinander ins Gespräch gebracht werden.

Das Angebot richtet sich an Kolleginnen und Kollegen aller Qualifikationsstufen, für die theoretische Fragen in ihrer Forschungspraxis relevant sind, für die theoretische und empirischen Interessen Hand in Hand gehen.

Wir erbitten ca. 2-seitige Abstracts **bis zum 20. Oktober 2013** per E-Mail an:

[\[theoriegespraeche@soziologie.uni-muenchen.de\]](mailto:theoriegespraeche@soziologie.uni-muenchen.de).

Aufgrund der freundlichen Unterstützung durch die Carl Friedrich von Siemens Stiftung sowie die Nemetschek-Stiftung, ist die Teilnahme für Vortragende wie für interessierte Zuhörer und Mitdiskutanten kostenfrei. Für Verpflegung während der Tagung ist gesorgt.

Call für Workshops

Kritische Praxis – kritische Sozialwissenschaft. Soziale Rebellion und intellektueller Protest

am 27. und 28. März 2014 in Essen

Hegemonie- und Gesellschaftskritik haben in der sozial- und kulturwissenschaftlichen Debatte in den vergangenen Jahren eine wachsende Aufmerksamkeit erfahren. Weitgehend parallel formierten sich seit dem Jahr 2011 international neue Protestbewegungen. Aber auch lokale Revolten und Bewegungen, vor allem im urbanen Kontext, sind zu beobachten. Zugleich tut sich gerade die akademische Kritik schwer, auf jüngste Austeritäts- und Repressionspolitiken in Europa zu reagieren.

Im Kontext dieser Zeitdiagnose ist es erforderlich, das Verhältnis von sozialen Protestbewegungen und intellektueller Kritik neu zu reflektieren. Welche Formen der Kommunikationen existieren gegenwärtig zwischen Wissenschaft und Protest? Gibt es Anzeichen für einen produktiven Austausch oder besteht eine Kluft, die sich in der gegenseitigen Wahrnehmung als distinguierte Intellektuelle und theielose Aktivisten materialisiert? Hat sich inzwischen das Verständnis verallgemeinert, dass eine kritische Praxis sowohl an Universitäten und Hochschulen wie in sozialen und lokalen Protestbewegungen immer zugleich eine analytische wie eine politische Dimension umfasst?

Es geht aktuell also um nicht weniger als das Verhältnis zwischen intellektueller und politischer Praxis – und die damit verbundenen Fragen, ob und wie eine kritische Praxis im akademischen

Feld, und eine kritische Theorie im Feld der Bewegungen ihren Raum und ihre Zeit finden können.

Die Tagung „Kritische Praxis – kritische Sozialwissenschaft“ am 27. und 28. März 2014 in Essen möchte zu einer Klärung dieses Verhältnisses beitragen und dabei Akteure/innen aus dem akademischen Feld und den sozialen Bewegungen miteinander ins Gespräch bringen.

Neben Plenarveranstaltungen mit Keynote-Speakern soll die Tagung entlang von Workshops organisiert werden, zu deren Konzeption und Durchführung wir Interessierte mit diesem Call für Workshops herzlich einladen. Folgende thematische Bezüge erscheinen dabei besonders interessant:

- Von Fukushima, über Stuttgart 21 bis Athen. Wenn es knirscht, warum knallt es nicht im Getriebe? Diagnosen zu Krisen und Krisenreaktionen
- Wie gestaltet sich aktuell das Verhältnis von intellektueller Kritik und Protestbewegungen? Welche Formen der Kommunikation sind denkbar und sinnvoll, welche Differenzen sind notwendig? Über nationale Grenzen hinausgehende Bezüge der intellektuellen Kritik und/oder der Protestbewegungen
- Welche Mechanismen tragen dazu bei, dass kritische Perspektiven verhindert und blockiert werden – sowohl im akademischen Feld als auch im Bereich sozialer und anderer Protestbewegungen?
- Weshalb dominieren unkritische Positionen an den Universitäten und Hochschulen, so dass beispielsweise nicht einmal die marktorientierten Reformen des Bologna-Prozesses im eigenen Hause verhindert werden konnten?
- Stellen die Protestbewegungen der letzten Jahre eine neue Qualität von Protest dar? Sind sie als immanenter Bestandteil gesellschaftlicher Transformationsprozesse zu begreifen oder bergen sie Potentiale für eine qualitative Neugestaltung von Gesellschaft? Das Verhältnis zu den "Alten" Sozialen Bewegungen (Gewerkschaften, linke Parteien).
- Inwiefern oder ab welchem Augenblick geht ein kritischer Anspruch selber mit Herrschaftsansprüchen einher oder ist Ausdruck von Distinktion und einer Selbstübersteigerung?
- Gibt es wirklich eine zunehmende Präsenz und Aufmerksamkeit für kritische Positionen im akademischen Feld, die sich mit Namen wie Bourdieu, Boltanski und Chiapello, Butler, Hardt und Negri oder Fraser in Verbindung bringen lassen? Wenn ja, handelt es sich dabei um eine typische intellektuelle Konjunktur und Modeerscheinung oder verweisen diese auf relevante herrschaftskritische Analysen?

Wir möchten mit diesem Call um Workshopkonzepte bitten, die sich jeweils auf eine Vormittags (9.00-12.30h) und/oder Nachmittagssession (ca. 14.00-17.30h) beziehen. Zur Unterstützung für die Durchführung eines Workshops wird versucht, einen Pauschalbetrag von bis zu € 300 für jeden Workshop zur Verfügung zu stellen. Eigenständig eingeworbene finanzielle Unterstützungen sind natürlich sehr willkommen.

Wir bitten um Vorschläge für Workshops mit einer kurzen inhaltlichen Skizze und der Angabe von Referenten/innen, die im besten Fall sowohl aus sozialen Bewegungen als auch aus dem akademischen Feld kommen **bis zum 31.10.2013** an:

konferenz.kritischepraxis@uni-due.de

Call for Papers

„Jugendpolitiken: Wie geht Gesellschaft mit 'ihrer' Jugend um?“

3.-5. April 2014 an der Universität Augsburg

Frühjahrstagung 2014 der Sektion „Jugendsoziologie“ der DGS in Kooperation mit der Kommission „Sozialpädagogik“ der DGfE.

Die Entstehung, sukzessive Durchsetzung und Verallgemeinerung von Jugend als eigenständiger Lebens-phase wurde von jeher von gesellschaftlichen Problematisierungen des alterstypischen, unerwarteten Verhaltens junger Menschen begleitet. Dies zeigen zum Beispiel die Fragen nach gesellschaftlicher Kontrolle, rechtlicher Regulierung oder pädagogischer Begleitung und Unterstützung dieser Lebensphase: Das öffentlich sichtbare Auftreten von Jugendlichen – sei es über jugendkulturelle, performative Praktiken und Stile oder als Akteure, die sich in gesellschaftliche Diskurse ‚einmischen‘ und eigene politische Haltungen formulieren, – löste immer auch Irritation und Verunsicherung zumindest bei Teilen ‚der‘ Erwachsenenengesellschaft aus. Stereotype Zuschreibungen wie die Kopplung von Jugend mit Protest und Gewalt sowie spezifische, politisch-verrechtlichte Strategien des gesellschaftlichen Umgangs der ‚Erwachsenengesellschaft‘ mit Jugend(-lichen) waren die Folge: Es entwickelten sich unterschiedliche, für den jeweiligen Modernisierungszustand der Gesellschaft typische „Jugendpolitiken“ – Politiken für und über Jugendliche, in denen es beispielsweise darum geht, wie Jugendliche in die Gesellschaft integriert bzw. inkludiert werden, wie auf so gesehenes jugendliches Problemverhalten reagiert wird oder wie – vor dem Hintergrund des demographischen Wandels – Jugendliche als Wählerinnen und Wähler, gesellschaftlich Engagierte oder zukünftige Fachkräfte gewonnen werden können.

Inwieweit unterschiedliche politische Strategien der Lage und den Bedürfnissen von Jugendlichen eigentlich angemessen sind, inwieweit sie stärker Kontrollbedürfnissen (von Teilen) der Erwachsenenengesellschaft Rechnung tragen oder inwieweit sie eine grundlegende Verunsicherung ‚der‘ Gesellschaft über soziale Wandlungsprozesse ausdrücken, sind vor diesem Hintergrund jugendsoziologisch und sozialpädagogisch aktuelle Fragen, denen sich die Frühjahrstagung 2014 der Sektion Jugendsoziologie widmen wird, die in Kooperation mit der Kommission Sozialpädagogik der DGfE stattfindet.

Drei thematische Bereiche sind dabei von besonderem Interesse:

- die Analyse von Jugendpolitik(en) als interessengeleitetem Vorgehen: Was ist unter Jugendpolitik zu verstehen, wer betreibt in welchem Interesse und in welchen Feldern Politik ‚für‘ Jugendliche, welches Bild von ‚der‘ Jugend wird dabei gezeichnet?
- die Analyse konkreter Politik(en) für die Partizipation Jugendlicher an der Gesellschaft: auf unterschiedlichen Ebenen politischer Steuerung, in unterschiedlichen Feldern (z.B. Integration in die Erwerbsarbeit; Förderung demokratischen Handelns, Beteiligung am Konsum), für spezifische Gruppen und Populationen von Jugendlichen (z.B. Politikengagierte, Jugendliche mit Migrationshintergrund, straffällig Gewordene, bildungsbenachteiligte Jugendliche, Jungen und Mädchen), national und international.

- die Analyse der (politischen) Reaktionen Jugendlicher auf die derzeitigen gesellschaftlichen Anforderungen an sie und die für sie gedachten politischen Angebote und Strategien.

Dazu laden wir interessierte Jugendforscherinnen und -forscher herzlich ein, sich mit empirischen und/oder theoretischen Beiträgen an der Tagung zu beteiligen.

Die Tagung wird vom 3.-5. April 2014 an der Universität Augsburg stattfinden. Interessentinnen und Interessenten schicken bitte ihre Abstracts (im Umfang von maximal 3.000 Zeichen) per E-Mail **bis 15. Dezember 2013** an:

Prof. Dr. Jens Luedtke

[\[jens.luedtke@phil.uni-augsburg.de\]](mailto:jens.luedtke@phil.uni-augsburg.de)

Call for Papers

Empirische Polizeiforschung XVII:

Die kritisierte Polizei

3. - 5. Juli 2014 in Hamburg

Das mitunter zu lesende Graffiti „A.C.A.B.“ – „All Cops are Bastards“ ist nur eine hoch verdichtete Polizeikritik. Ablehnende Haltungen grundsätzlicher Art oder auch bezogen auf spezifische Begründungen finden sich häufiger: Die Polizei als staatliche Schlägertruppe; die Polizei als Bußgeld-Abzocker am Straßenrand; die Polizei als verschworene Gemeinschaft, die intern das Fehlverhalten von Kolleg/innen deckt oder der Vorwurf bei Rechts-Demos „Deutsche Polizisten schützen Nazis und Faschisten“. Manche Kritik wird schlicht gebrüllt, manche gemurmelt, andere wird wie z. B. von Amnesty International oder – aus der Polizei heraus – den „Kritischen Polizisten“ in Berichten der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Im August 2013 kritisiert ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der NSU-Umtriebe die Sicherheitsbehörden, also auch die Polizei, relativ barsch – und zwar in seltener Übereinstimmung zwischen CDU bis zur Fraktion DIE LINKE. Diese Kritik kann von der Polizei nicht als plumpe Polemik abgewiesen werden. Doch der Umgang mit der Kritik fällt „der Polizei“ z. B. in der Gestalt des Innenministers, des Polizeipräsidenten, den Gewerkschaftsvertretern oder auch den adressierten einzelnen Polizist/innen und ihren Dienstgruppen häufig schwer. Mal gibt es (mitunter voreilige) Solidaritätsaussagen, mal wird polizeiliches Fehlverhalten auf „schwarze Schafe in der Truppe“ verwiesen oder als „(bedauerlicher) Einzelfall, der sich nicht wiederholen darf“ charakterisiert und manchmal wird der Anklagende selbst zum Angeklagten uminterpretiert. Doch zeigt dokumentiertes Fehlverhalten von Polizeibeamten durchaus im Innern der Polizei Wirkung. Sie reagiert zunehmend mit institutionellen Lernprozessen: Arbeitsgruppen (z. B. zum Thema „Gewalt an Polizeibeamten“) oder Fortbildungen und Workshops zur Erweiterung des polizeilichen Handlungsspektrums sind heute keine Seltenheit mehr, dringen aber so gut wie nie an die Öffentlichkeit.

Die Polizei hat eine schwierige Aufgabe in Staat und Gesellschaft, sie steht bei Konflikten Dritter oftmals in der schwierigen

Position „dazwischen“ und sieht sich widersprüchlichen, zuweilen sogar unvereinbaren Erwartungen ausgesetzt. Und manche Einsatzentscheidungen geben den Einsatzleitern nur eine Option des Handelns zwischen „Pest und Cholera“ – irgendetwas werden sie auf jeden Fall falsch machen (müssen).

In der Fachtagung zur Empirischen Polizeiforschung sollen insbesondere drei Dimensionen betrachtet werden.

- Zum einen geht es um die Polizeikritik selbst: Wer äußert die Polizeikritik aus welchem Anlass, mit welcher Zielsetzung und vor welchem z. B. ideologischen oder empirischen Hintergrund? Welche Zuschreibungen finden sich in der Polizeikritik, wie wird sie begründet, wann ist sie berechtigt? Welche Aspekte des polizeilichen Handelns werden kritisiert und aus welchen Einsatzkontexten entsteht Polizeikritik (z. B. Demonstrationen, Sportevents; nur bei Hundertschaftseinsätzen oder auch im Streifendienst)? Und in welchem Diskursumfeld erfolgt die Kritik? Wie zeigt sich Polizeikritik in den Medien – sowohl im Informations- als auch im Unterhaltungsbereich?
- Zum zweiten geht es um den Umgang mit dieser Kritik durch die Polizei als Organisation und ihr direktes Umfeld: Wie diskutiert die Politik (hier: Innenminister, Innenausschüsse der Parlamente) Polizeikritik? Was bedeutet die Polizeikritik für die Polizeiführungsaufgaben? Wie wird Polizeikritik in Aus- und Fortbildung thematisiert und mit welchen didaktischen Zielen? Welche Konsequenzen hat Polizeikritik für die Entwicklung des polizeilichen Selbstverständnisses und welche für die Herausbildung von „Feindbildern“ zum „polizeilichen Gegenüber“? Welche Rolle spielen die Polizei-Gewerkschaften im Umgang mit Polizeikritik? Wie steht es um die Fehlerkultur der Polizei?
- Weiterhin geht es um die Fragen, wie Dritte, z. B. aus dem Bereich der Wissenschaft, des Journalismus, der Justiz oder der Sozialarbeit das Thema betrachten. Wie wird die Kritik an der Polizei thematisiert, wie ggf. verstärkt oder abgeschwächt. Welche Diskursstränge sind zu erkennen und welche Wirkung haben sie?

Die XVII. Tagung zur Empirischen Polizeiforschung diskutiert diese und weitere Fragen zur kritisierten Polizei und lädt mit diesem Call for Papers ein, Vorschläge zum Programm einzureichen. Willkommen sind – wie üblich – theoretisch und/oder empirisch fundierte Beiträge aus den Sozial-, Geistes- Wirtschaftswissenschaften- (Organisations- und Führungslehre) und Rechtswissenschaften, von Polizeipraktiker/innen aus den unterschiedlichen Behörden etc., aber auch aus dem i. w. S. polizeipolitischen Bereich, z. B. der Gewerkschaften, Fachverbänden oder Parteien.

Die Tagungsreihe „Empirische Polizeiforschung“ versteht sich traditionell als Gelegenheit des Zusammentreffens von Polizeipraktikern und Polizeiwissenschaftlern.

Zur Vorbereitungsgruppe gehören *Rafael Behr* (HdP Hamburg), *Bernhard Frevel* (FHöV NRW/Uni Münster), *Hermann Groß* (HfPV Hessen), *Karlhans Liebl* (FH der Polizei Sachsen, Rothenburg), *Anja Mensching* (Ostfalia Hochschule) *Thomas Ohlemacher* (Polizeiakademie Niedersachsen/Uni Hildesheim) und *Peter Schmidt* (HfPV Hessen).

Die Tagungsbeiträge werden in Buchform (Schriftenreihe „Schriften zur Empirischen Polizeiforschung“, Verlag für Polizeiwissenschaft) veröffentlicht.

Call for Papers

Auf dem Weg zur Standardorganisation? Aktuelle Transformationsprozesse im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen

24. und 25.4.2014 an der Universität Kassel

Der hohe Stellenwert von Organisationen und die fast vollständige Durchdringung fast aller Lebensbereiche durch diese sind ein allgemeines und übergreifendes Charakteristikum moderner Gesellschaften. Allerdings wurde in den Sozialwissenschaften lange Zeit darauf verwiesen, dass Organisation nicht gleich Organisation ist, sondern von artverschiedenen Typen, Feldern oder Klassen von Organisationen auszugehen ist. Dies gilt für die unterschiedlichsten paradigmatischen Zugänge – z.B. solche Ansätze, die in Begriffen der Politischen Ökonomie argumentieren, ferner systemtheoretische oder auch institutionalistische Konzepte. Nicht zuletzt werden organisationssoziologisch häufig markante Unterscheidungen zwischen der Welt erwerbswirtschaftlich ausgerichteter Unternehmen und solchen formalen Gebilden herausgestellt, die primär reproduktive, infrastrukturelle oder ordnungspolitische Aufgaben übernehmen. Ein wesentlicher Teil des letztgenannten Organisationsspektrums ist mit komplexen personenorientierten Tätigkeiten oder auch „Humandienstleistungen“ befasst und erfüllt Funktionen der Bildung, der Gesundheitsversorgung und der sozialen Hilfe. In organisationstheoretischen Analysen zu den entsprechenden Einrichtungen wurde dabei vielfach auf die Spezifik von Strukturen, kognitiven Referenzen oder auch gesellschaftlichen Einbettungen abgestellt: Beispielsweise galt die zentrale Stellung von Professionen als nur partiell an den Handlungsraum einer einzelnen Organisation gebundenen Akteursgruppe als Kernmerkmal von Bildungseinrichtungen, Sozialbehörden oder Krankenhäusern.

Seit einiger Zeit wächst allerdings das Bewusstsein dafür, dass die genannten Differenzierungsmomente und mit ihnen die klassischen Strukturbeschreibungen von Bildungs-, Sozial- und Gesundheitseinrichtungen immer weniger dazu taugen, deren Charakter und Dynamik unter Gegenwartsbedingungen angemessen abzubilden. In verschiedenen Zeitdiagnosen ist darauf verwiesen worden, dass die o.g. Spezifika für die Verhältnisse in den fraglichen Sektoren und Einrichtungen immer weniger strukturbildend und statt dessen bestimmte Homogenisierungstendenzen quer zu Organisationstypen und -feldern zu beobachten sind. So scheint die oben genannte Trennungslinie zwischen erwerbswirtschaftlichen und „human-professionell“ strukturierten Organisationen unschärfer geworden zu sein; öffentliche oder auch als Nonprofitorganisation verfasste Einrichtungen übernehmen Routinen und Strukturen klassischer Wirtschaftsbetriebe; zugleich erklären private Firmen, sich verstärkt an institutionellen Vorgaben (z.B. „diversity“ oder „social responsibility“) zu orientieren, die gemeinhin mit nicht-erwerbswirtschaftlichen Organisationen assoziiert werden.

Insbesondere im Hinblick auf Bildungsorganisationen wie Hochschulen wurde argumentiert, dass diese mehr und mehr die gesamte Palette jener Eigenschaften übernehmen, die für an Märkten operierende Formen charakteristisch sind – wie etwa formale Rechenschaftslegung, numerische Steuerung, organisationales Management, „corporate identity“ etc. Zahlreichen Studien zufolge werden gerade Hochschulen so zu „complete organizations“. In ähnlicher Weise werden Gesundheits- und Sozialeinrichtungen zunehmend als gewöhnliche Unternehmen

verstanden, die zwar spezifischen Produkte herstellen, dabei aber die für erwerbswirtschaftliche Organisationen typischen Steuerungsmuster ausbilden. Die kontroverse Diskussion um die „Ökonomisierung“ oder „Managerialisierung“ von Bildungs-, Gesundheits- und Sozialorganisationen ist schillernder Ausdruck solcher Entwicklungen.

Wie weit solche Diagnosen und Beschreibungen auch immer tragen mögen, so manifestieren sich in ihnen Tendenzen der Standardisierung von Strukturen, Prozessen und Kognitionen über mehrere Organisationstypen und -sektoren hinweg. Ob Universitäten und Schulen, Krankenhäuser und Arztpraxen, Arbeitsverwaltungen und Jugendämter – das Gros der mit professionell erbrachten „Humandienstleistungen“ befassten Einrichtungen scheint sich auf dem Weg zur Standardorganisation zu befinden und dies als „normalen“ Zustand zu begreifen. Zumindest sorgt die Integration der genannten Normalitätsschablonen in diesen Einrichtungen für hybride Verhältnisse.

Die Verhandlungen der Frühjahrstagung 2014 sollen dazu dienen, a) solche Diagnosen organisationstheoretisch genauer zu fassen und zu prüfen, b) anhand empirischer Beispiele zu reflektieren bzw. zu hinterfragen und c) vergleichend zu untersuchen, inwieweit Standardisierungen innerhalb des Sozial-, Gesundheits- und Bildungswesen gleichermaßen und in ähnlicher Weise greifen oder aber ob hier maßgebliche Differenzierungen zu beobachten sind. Eine übergeordnete Fragestellung ist zudem die nach den Konsequenzen der diskutierten Entwicklungen, auch im Hinblick auf die Art und Weise, wie und inwiefern im o.g. Sinne durchstandardisierte Organisationen bestehende „gesellschaftliche Aufträge“ erfüllen (können) und welche neuen Aufgaben und Missionen in diesen Transformationsprozessen entstehen.

Abstracts in einer Länge von bis zu 1.000 Zeichen werden **bis zum 31.1.2014** erbeten an:

Ingo Bode (ibode@uni-kassel.de)

Georg Krücken (kruecken@incher.uni-kassel.de)

Call for Papers

Linksmotivierte Jugendgewalt? Gewalt und Gewaltbefürwortung in linksaffinen Szenen

13. Dezember am Deutschen Jugendinstitut,
Außenstelle Halle

Linke Jugendgewalt – oder genauer: Gewalthandeln, das jungen Menschen aus dem linken politischen Lager zugerechnet wird – steht seit einiger Zeit wieder verstärkt im Focus öffentlich-medialer und politischer Aufmerksamkeit.

Wie diese Gewalt zu bewerten ist – inwieweit sie vereinbar mit den Grundsätzen liberal-demokratischer Gesellschaften ist und inwiefern sie ein Gefahrenpotenzial für diese politische Ordnung birgt – ist hierbei Gegenstand einer überaus kontrovers geführten Debatte, die auch in den Sozialwissenschaften einigen Widerhall findet.

Weitgehend ungeklärt ist dagegen, inwiefern diese Phänomene tatsächlich politisch-ideologisch motiviert sind und in welchem Ausmaß junge Menschen in diese involviert sind. Auch liegen bisher nur begrenzt empirische Erhebungen sowie empirisch fundierte Reflektionen vor, die der Frage nach den Bedingungsfaktoren und Dynamiken dieses Gewalthandelns nachgehen.

Das gilt insbesondere für Forschungszugänge, die diese Phänomene (auch) aus einer dezidierten Jugendforschungsperspektive betrachten, indem sie die Frage nach der Bedeutung jugendspezifischer Entwicklungsaufgaben und -dynamiken in diesen Prozessen stellen. Neben Untersuchungen, die dem Stellenwert unterschiedlicher Sozialisationsinstanzen in der Erklärung dieser Phänomene nachgehen, sind hier auch Betrachtungsweisen gefragt, die die Motive und Intentionen dieses Gewalthandelns zu rekonstruieren suchen. Als ein weiteres Desiderat sind Studien zu nennen, die das Spannungsverhältnis bzw. die Wechselwirkungen zwischen öffentlich-medialen sowie rechtsstaatlichen Reaktionen auf „linke Jugendgewalt“ einerseits und den Selbstverortungen und -inszenierungen der Akteure andererseits in den Blick nehmen.

Hier setzt die geplante Fachtagung an, indem sie die Frage nach den Entstehungs- und Begründungszusammenhängen sowie den (gesamtgesellschaftlichen) Dynamiken „linker Jugendgewalt“ stellt. Wir sind interessiert an 20-30minütigen Vorträgen aus unterschiedlichen Disziplinen, die sich im Spektrum der skizzierten Erkenntnisinteressen bewegen. Darüber hinaus sind Beiträge von Interesse, die forschungspraktische Fragen in diesem spezifischen Forschungsfeld reflektieren. Die folgenden Fragen können hierbei als Anregung und Orientierung dienen:

- Welche Verläufe jugendlicher Hinwendung zu militanten linken Szenen zeigen sich? Welcher Stellenwert kommt hierbei unterschiedlichen Sozialisationsinstanzen (Familie, Peers, Schule, Medien) zu?
- Welche Gewaltformen werden typischerweise im Kontext von linksmilitanten Szenen bzw. Protestereignissen ausgeübt? (Inwiefern) zeigen sich hier Gewaltformen, die für bestimmte Altersgruppen bzw. für Jugendliche besonders attraktiv und typisch sind?
- Wie deuten jugendliche Protagonistinnen und Protagonisten selbst ihr gewalt-tätiges Handeln in diesen Kontexten? Welche Motive, Intentionen und Bewertungen sind damit aus ihrer Perspektive verknüpft?
- Wie werden politische und mediale Thematisierungen „linker Jugendgewalt“ von jugendlichen Angehörigen dieser Szenen wahrgenommen und verarbeitet? Welche Effekte haben diese Thematisierungen auf die Praxen der Akteure?
- Welche Zusammenhänge zwischen rechtsstaatlichen Reaktionsweisen und den Gewalthandlungen bzw. Gewaltorientierungen von Einzelnen und/oder Gruppen werden erkennbar?
- Mit welchen besonderen methodischen Herausforderungen sehen sich Forscher/innen in diesem Forschungsfeld konfrontiert? Unter welchen Voraussetzungen und mit welchen Vorgehensweisen ist Forschung in diesem Feld möglich?

Abstracts vom Umfang einer A4-Seite (Schriftgröße 12) mit einem Arbeitstitel sowie mit Ihren Kontaktinformationen erbitten wir **bis zum 31.10.2013** per E-Mail an die Veranstalter/innen:

Tobias Roscher [roscher@dji.de]
Michaela Glaser [glaser@dji.de]
Alexander Leistner [leistner@dji.de]

4. Tagungsankündigungen

Problemgruppe Ultras? Perspektiven und Handlungsstrategien von Polizei und Fanprojekten

Fachtag der Bundesarbeitsgemeinschaft Polizei in der DVJJ am 13.11.2013 Polizeipräsidium Köln

Ursprünglich waren Ultras eine weitestgehend friedliche, aber fanatische Anhängerschaft einiger Fußballmannschaften, die ihre Mannschaft unter anderem durch Gesänge und Choreographien im Stadion bedingungslos unterstützt. In letzter Zeit sind Ultra-Gruppierungen im Zusammenhang mit gewaltsamen Auseinandersetzungen mit gegnerischen Fangruppen und dem Einsatz von Pyrotechnik – den sogenannten Bengalos – innerhalb der Stadien aber auch in den Fokus öffentlicher Aufmerksamkeit und Kritik geraten.

Das Ende 2012 beschlossene neue Sicherheitskonzept des Ligaverbandes der deutschen Bundesligen hat nicht zu einer Deeskalation und Versachlichung der Diskussion geführt, sondern ist im Gegenteil harsch kritisiert worden und hat zu einer weiteren Spaltung der Fanszene beigetragen.

Unbestritten üben Ultras eine erhebliche Anziehungskraft auf Jugendliche und junge Erwachsene aus – auch auf jene, die bereits über ein gewisses Gewaltpotential verfügen. Was macht diese Faszination aus? Welche Rolle spielt Gewalt in der Szene? Mit welchen Konzepten reagiert die Polizei und wie arbeiten Fanprojekte?

Anmeldeschluss: **30. Oktober 2013.**

Teilnahmegebühr: EUR 46,- (EUR 36,- für DVJJ-Mitglieder) inklusive Verpflegung.

Hinweise zur Anmeldung und das Tagungsprogramm gibt es unter:

[<http://www.dvjj.de/veranstaltungen/dvjj-veranstaltungen/problemgruppe-ultras-perspektiven-handlungsstrategien-von>]

Inklusive Bildung im Abseits!?

16. November 2013 an der
Humanwissenschaftliche Fakultät
der Universität zu Köln

Abschlussstagung des Forschungsprojekts „Inklusion und Diversität als Herausforderung für Schule und Soziale Arbeit in marginalisierten Kölner Quartieren“

Die Tagung „Inklusive Bildung im Abseits?!“ stellt als Abschluss des gleichnamigen Forschungsprojektes einen Rahmen her, um mit pädagogischen Professionellen, Bildungs- und StadtteilplanerInnen, ForscherInnen sowie Interessierten, ForschungsteilnehmerInnen sowie Studierenden der erziehungs- und sozialwissenschaftlichen Studiengänge einen Einblick in die formalen, non-formalen und informellen Bildungsprozesse von Jugendlichen zu gewinnen. Dazu gehören neben der Darstellung der Ergebnisse der genannten Studie auch die Präsentation von Projekten, in denen ähnliche Fragestellungen mit einem Bezug zu Köln untersucht wurden. Fokussiert werden dabei besondere Lebenswelten und Bildungsräume von Jugendlichen, solche, die durch das Leben und Aufwachsen in marginalisierten Quartieren gekennzeichnet sind.

Das Tagungsziel besteht darin, nach Auswirkungen der geforderten Inklusion auf die schulischen wie außerschulischen Bildungsräume der Jugendlichen aus marginalisierten Quartieren, ihren Sichtweisen sowie der von professionellen Akteuren zu fragen: Setzt die Debatte um Inklusion von SchülerInnen mit Behinderung Synergien frei für andere gesellschaftlich stigmatisierte und bildungsbenachteiligte Jugendliche?

Weitere Informationen und das Tagungsprogramm gibt es unter: [<http://www.hf.uni-koeln.de/36064>].

Eine Anmeldung wird bis zum 4. November erbeten an: [anja.kleiser@uni-koeln.de]